



## Deutschland.

### O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 16. November.

#### 27. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Gründung 11½ Uhr. Die Tribünen sind spärlich besetzt. Am Minister-

tisch: Frhr. v. d. Heydt, v. Müller und mehrere Regierungs-Commissare.

Präsident v. Forckenbeck verliest eine erhebliche Anzahl neuer Urlaubs-  
gesetze, deren Summe sich jetzt auf 53 beläuft. Auf den Antrag des Abg. Graf Schwerin erlässt sich der Präsident bereit, den betreffenden Herren in  
dem Bewilligungsschreiben mitzuteilen, daß beschlossen worden sei, das Budget  
im Hause vorzubereiten, was sie zur Zeit ihrer Gesuchstellung vielleicht  
noch nicht gewußt.

Abg. Dr. Michelis (Braunberg). Mir scheint, die ganze Stellung des  
Hauses wird erfüllt, wenn Urlaubsgefehr in so ausgedehnter Weise be-  
willigt werden, obgleich ich sie alle für ebenso unmotiviert halte, als es sein  
würde, wenn ich selbst wegen dringender Geschäfte einen Urlaub wünschte.  
Deswegen bitte ich jetzt einmal ein Exempel zu statuiren und den Urlaub zu  
verweigern außer in ganz dringenden Fällen.

Abg. v. Vincke (Hagen). In diesem Falle werden wir dann immer  
darüber streiten müssen, was dringende Fälle sind und das können wir doch  
eigentlich nicht wissen, das hat Jeder mit seinem Gewissen abzumachen. Der  
leste Herr Redner hat uns ja auch zu unserem Schmerz seine Anwesenheit vor  
der Beratung auf kurze Zeit entzogen.

Abg. Dr. Michelis. In dem Falle, in welchem ich war, mußte wohl  
Jeder die Berechtigung meines Urlaubsgefehrs fühlen.

Auf Antrag des Abg. Heise wird beschlossen, auch den Abgeordneten,  
welchen schon früher Urlaub gewährt worden ist, die vom Gr. Schwerin be-  
antragte Mittheilung zu machen.

Der Präsident v. Forckenbeck theilt darauf die Namen der in den Ab-  
theilungswahlen für die in der letzten Sitzung eingebrachten Gesetzentwürfe  
beschlossenen Commissionen mit. Es erhält darauf das Wort der

Finanzminister Frhr. v. d. Heydt: Auf Grund allerhöchster Ermächtigung  
habe ich Ihnen den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, betreffend die Ver-  
leihung von Dotationen in Anerkennung hervorragender, im letzten Kriege  
erworbenen Verdienste. (Bravo rechts.) Da dieser Entwurf so recht eigentlich  
aus Allerhöchsteiger Initiative hervorgegangen ist, so befürchte ich mich  
daraus, denselben nebst den Motiven zu verleihen.

Der Minister verliest darauf Folgendes:

"Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verleihung von Dotationen in An-  
erkennung hervorragender, im letzten Kriege erworbenen Verdienste."

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen mit  
Bestimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie was folgt: Zur  
Verleihung von Dotationen an preußische Heerführer, welche zu dem glück-  
lichen Ausgänge des letzten Krieges in hervorragender Weise beigetragen  
haben, wird die Summe von 1½ Mill. Thlrn. aus den eingehenden Kriegs-  
entschädigungen bereit gestellt. — Die Beweitung dieser Summe bleibt  
königlicher Bestimmung vorbehalten. — Gegeben etc.

Motive. In Phasen, welche nach entscheidenden Kämpfen eine neue  
Wendung im Leben der Völker einleiteten, ist jederzeit der Drang empfunden  
worden, denjenigen Männern den bleibenden Dank des Vaterlandes darzu-  
bringen, welche durch ruhmvolle Thaten die Bahn einer höheren Entwicklung  
eröffnet haben. In diesem Gefühle haben des hochseligen Königs Friedrich  
Wilhelm III. Majestät nach siegreicher Beendigung des Befreiungskampfes von  
1813 und 1814 denjenigen preußischen Heerführern, welche sich auf das Her-  
vorragendste ausgezeichnet hatten, in Anerkennung ihrer Verdienste Dotationen  
zu verleihen geruht.

Der letzte Krieg hat den preußischen Namen mit neuen unvergänglichen  
Gehren verherrlicht und der Monarchie eine Erweiterung ihrer Machtposition  
eingetragen, welche von keinen früheren Erfolgen preußischer Großthaten über-  
troffen wird. Auch in diesem Kriege haben preußische Heerführer in Hin-  
sicht und Ausdauer vorangegangen und durch heldenmäßiges Ringen und  
Vollbringen sich ein Andenten gefügt, welches die Nachwelt in treuer Ver-  
ehrung bis in die fernsten Zeiten bewahren wird.

Diesen Männern den Dank ihres königlichen Herrn und des Vaterlandes  
zu bekräftigen, wird in vollem Vertrauen des bestreiten Entgegenkommens der  
Landtag um seine verfassungsmäßige Mitwirkung angegangen. Um ihn er-  
geht durch die gegenwärtige Vorlage die Aufrufsernung zu Bewilligung der  
Mittel, welche die Krone in den Stand setzen werden, durch Verleihung von  
Dotationen nach dem Vorgange einer früheren großen Zeit Verdienste, welche  
der Geschichte angehören, auf eine der Gegenwart würdige Weise zu ehren."

Ich enthalte mich (sämt der Minister fort) weiterer Begründung und ir-  
gend welcher Vorschläge über die Behandlung.

Abg. v. Vincke (Hagen): Das dieser Gegenstand nicht vor einer Com-  
mission gehört, sondern im Hause öffentlich verhandelt werden muß, leuchtet  
wohl ein, ich stelle den Antrag auf Vorberatung im Hause.

Abg. v. Bonin tritt diesem Antrage bei, den er selbst hat stellen wollen.

Abg. Twisten: So seb ich überzeugt bin, daß alle Theile des Hauses  
den gleichen Wunsch haben, die Führer des letzten Krieges belohnt  
zu sehen, so scheint mir doch die Frage wichtig, ob wir der Regierung die  
Summe en bloc zur Vertheilung übertragen oder ob das Haus Namen und  
Zahlen in den Entwurf einfügen will. In England wird in solchem Falle  
immer eine bestimmte Summe und eine bestimmte Person festgesetzt und das  
Parlament würde sicher die Zustimmung zurückweisen eine Dotation dem Er-  
messen der Regierung zu überlassen. Wenn also Namen beantragt werden  
sollten, so eignet sich das doch weniger für die Öffentlichkeit und ich bean-  
trage deshalb, den Gesetzentwurf einer besonderen Commission von  
14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. v. Vincke (Hagen): Ich theile diese Motive, komme aber zu dem  
entgegengesetzten Schluf. Gerade weil ich nicht Alles der Krone über-  
lassen will, muß die Sache in voller Öffentlichkeit vom Hause verhandelt  
werden, wie das ja auch in England in solchen Fällen immer geschieht. Gerade  
von dem Herrn Vorredner hätte ich den Antrag auf eine Commission nicht  
erwartet.

Abg. Dr. Michelis: Wenn ich mich entscheiden soll zwischen Vor-  
beratung und Commission, so bin ich für Vorberatung; ich bin aber überhaupt  
für Schlussberatung; denn es ist das hier eine Sache des Gefühls und  
es muß sich also jeder darüber klar sein und wir haben also nichts weiter zu  
thun, als dieses Gefühl auszusprechen.

Abg. Twisten: Ich habe den Herrn Abgeordneten v. Vincke mißver-  
standen; ich glaube, sein Antrag ginge auf Schlussberatung; ich höre jetzt,  
daß er auf Vorberatung geht, und ziehe in Folge dessen meinen Antrag  
zurück.

Abg. Waldet: Mir scheint doch der eigentliche Weg der Verhandlung  
über Personen die Commission zu sein. Wir können doch hier nicht Personen  
einander gegenüberstellen und sagen, denen und denen wollen wir es bewilligen,  
andern nicht. Ich halte daher den vorigen Antrag des Abg. Twisten aufrecht.

Abg. Graf Schwerin: Ich halte die Sache für ziemlich schwierig. Es  
thut mir leid, daß die Regierung nicht schon in der Vorlage bereits bestimmte  
Personlichkeiten vorgeschlagen hat. Das ist nicht geschehen und es muß also  
ein Modus gefunden werden, durch welchen wir die Regierung veranlassen  
können, den Fehler, an welchem die Vorlage nach meiner Überzeugung leidet,  
zu ergänzen, ohne daß es notwendig wäre, hier im Hause über einzelne Per-  
sonlichkeiten zu discutiren. Deswegen stimme ich dem Vorschlage des Abg.  
v. Vincke bei. Die Sache wird immerhin eine sehr discrete Behandlung ver-  
langen; man muß der Regierung erst vorstellen, daß bestimmte Vorschläge zu  
machen sind.

Finanzminister v. d. Heydt: Es sind zarte Rückichten, welche zu dem  
Vorschlage Anlaß gegeben haben, eine Summe en bloc zur Verfügung der  
Regierung zu stellen. Der Wunsch geht dahin, daß Se. Maj. der König un-  
mittelbar über diese Summe verfüge.

Abg. v. Bonin: Wir scheinen schon in die Discussion der Sache selbst  
eingetreten zu sein, statt uns an das Geschäftliche zu halten. Die Gründe  
gegen die Schlussberatung sind wohl klar; dagegen halte ich den Antrag des  
Abgeordneten v. Vincke so von selbst gegeben, daß er keiner weiteren Unter-  
stützung bedarf ist. Ich bitte doch, diese geschäftliche Frage nicht mit der  
Sache selbst zu vermischen.

Abg. Stavenhagen: M. h.! Ich glaube nicht, daß die Schwierigkeiten  
in Bezug auf die Personalien so groß sind. Ich habe das erste Vertrauen  
daß die Regierung keine Anderen vorschlagen wird, als die wir Alle auf der  
Zunge haben. (Bravo rechts.)

Abg. v. Vincke: Ich kenne, daß ich die Logik, die uns bisher vorge-  
legen, nicht verstehe. Meint man mit dem letzten Herrn Vorredner, die Re-  
gierung werde so verfahren, dann muß man für Schlussberatung stimmen.  
Ist man aber der Ansicht, daß es zweckmäßig ist, bestimmte Namen aufzu-  
stellen, dann muß man der Regierung Gelegenheit geben an einem Orte,  
wo nicht ohne Weiteres Alles vor die Öffentlichkeit kommt, dann ist das  
Natürliche die Commission, während die Vorberatung im Hause die Dis-  
cretion, welche die Regierung wünscht, verlegen würde. Dienten, welche  
die Regierung so volles Vertrauen schenken, müssen für Schlussberatung  
sein; will man dagegen bestimmte Namen aussprechen, so ist der Weg der  
Commission der einzige richtige. Diesen letzteren Weg bitte ich Sie einzuschließen.

Abg. v. Vincke (Hagen): Ich muß meine Verwunderung aussprechen,  
daß gerade diejenigen hier von Vertrauen zur Regierung sprechen, deren Ge-  
schäfte es sonst ist, Misstrauen gegen dieselbe zu säen. Im Uebrigen aber  
lässe ich mich in dieser Sache nicht von derartigen Motiven, sondern allein  
durch die Natur der Sache bestimmen und bin demgemäß für die Vor-  
beratung im Hause. Durch die Stimme der Vertretung des Volkes müssen  
die Namen bezeichnet werden, und dies muß vor den Augen des Landes  
hier in öffentlicher Sitzung geschehen. Von Discretion kann dabei gar keine  
Rede sein.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Mir scheint, daß durch die doppelte Verhand-  
lung gerade dieses Gegenstandes der Eindruck geschwächt wird; für die ein blo-  
clicke Annahme dieses Gesetzes, die mir die wünschenswerthe ist, empfiehlt sich die  
Schlussberatung im Hause, wie sie der Abg. Michelis beantragt hat.

Abg. Dr. Birchow: Auf dieser Seite des Hauses war niemals Neigung,  
persönliche Verhältnisse in die Verhandlungen zu ziehen. Müssen solche aber  
jede Sprache kommen, so hat man sie so schonend wie möglich zu behandeln,  
also in einer Commission. Die Namen der zu dotirenden Personen müssen  
entweder von der Regierung oder von Mitgliedern des Hauses genannt werden;  
mit Annahme der Vorberatung im Hause aber scheinen Sie mir die  
Gelegenheit dazu abschneiden zu wollen. In der Vorberatung kann natürlich  
jedes Mitglied des Hauses einen Vorschlag machen; geht aber das Haus  
nicht darauf ein, so würde das für die betreffende Person eine Niederlage  
sein. Meiner Ansicht nach dürfen gar keine anderen Personen genannt werden,  
als solche, von denen man im Voraus sicher ist, daß sie die Zustimmung  
des Hauses finden; und das ist ja eben der Modus in England. Man hat  
sich also entweder für Schlussberatung zu entscheiden und einigt sich  
dann in Betreff der Personen prudam, oder man thut dies in der Com-  
mission und muß dann natürlich die Vorlage an dieselbe verweisen.

Abg. Lassar: Nach der Geschäftsaufstellung kann in der Vorberatung  
jedes einzelne Mitglied Anträge stellen, die auch ohne die Unterstützung, die  
sonst erforderlich ist, zur Abstimmung kommen müssen. Zu einer solchen Be-  
handlung ist dieser Fall doch gewiß nicht angebracht. Ich füge noch hinzu, daß  
meiner Meinung nach der Vorlage die Substanz des Gesetzes fehlt. Wenn  
es sich um eine Nationalbelohnung handelt, so liegt der Schwerpunkt in den  
Namen, nicht in der Summe, die mehr nebenstehend ist. Nicht angenehm  
verhält hat es mich, daß in der Vorlage ausdrücklich der Vorschlag verbleibt.  
Abg. v. Flotow: Nach der Geschäftsaufstellung kann in der Vorberatung  
jedes einzelne Mitglied Anträge stellen, die auch ohne die Unterstützung, die  
sonst erforderlich ist, zur Abstimmung kommen müssen. Zu einer solchen Be-  
handlung ist dieser Fall doch gewiß nicht angebracht. Ich füge noch hinzu, daß  
meiner Meinung nach der Vorlage die Substanz des Gesetzes fehlt. Wenn  
es sich um eine Nationalbelohnung handelt, so liegt der Schwerpunkt in den  
Namen, nicht in der Summe, die mehr nebenstehend ist. Nicht angenehm  
verhält hat es mich, daß in der Vorlage ausdrücklich der Vorschlag verbleibt.

Abg. Dr. Michelis: Auf allen Seiten ist das Gefühl vorhanden, es  
sei nicht wünschenswerth, hier über einzelne Namen zu discutiren; das ist aber  
weder auf dem Wege der Schlussberatung noch auf dem der Commission zu  
vermeiden, und als einziges Mittel dazu befürworte ich noch einmal die Vor-  
beratung im Hause.

Abg. v. Flotow: Alle diejenigen, welche es für notwendig halten,  
daß bestimmte Namen genannt werden, werden mit dem Herrn Abg. Birchow  
für die Überweisung der Vorlage an die Commission stimmen müssen. Für  
die aber, welche mit den Namen nicht ausgesprochen wünschen wollen, eignet sich  
kein anderer Weg, als der der Schlussberatung, zur en bloc-Annahme des  
Gesetzes als unabdingtes Vertrauensdotum für die Regierung und — mag  
es nun parlamentarisch sein oder nicht — für Seine Majestät den König.  
(Links: Oho!) Denn ich bin der Ansicht, daß eine Nationalbelohnung ebenso  
aut wie von der Volksvertretung von der Gnade des Königs ausgehen kann.  
Von diesem Standpunkte bin ich entschieden für Schlussberatung.

Abg. Dr. Michelis: Mein Antrag auf Schlussberatung schließt natürlich  
die Auffassung des Gesetzes in sich, wie sie der Herr Finanzminister zum  
zweiten Male erläutert hat, daß also die verlangte Summe seiner Majestät  
zu Disposition gestellt wird.

Das Haus schreitet darauf zur Abstimmung. Die Schlussberatung wird  
abgelehnt, für dieselbe stimmen die Conservativen, Finanzminister v. d. Heydt  
und Abg. Dr. Michelis; desgleichen die Vorberatung im Hause mit großer  
Majorität. Die Vorlage ist somit einer besonderen Commission von  
14 Mitgliedern überwiesen.

Der Präsident v. Forckenbeck berichtet hierauf dem Hause über die Vor-  
schläge, welche der Gesamtvorstand in Folge des Beschlusses über den  
Mazaelischen Antrag über die geistliche Behandlung des Budgets und seiner  
Vorberatung im Hause gesetzt hat. Zunächst hat der Gesamtvorstand ge-  
glaubt, daß die Bestimmung, nach welcher eine Vorlage drei Tage lang in den  
Händen der Mitglieder sich befinden muß, ehe sie zur Debatte im Ple-  
num kommen kann, für den vorliegenden Fall auf die Gesamtheit der Vor-  
beratungsvorlage beigehe, daß also der dreitägige Termin erst von dem Augenblick  
an laufe, wo der Hauptteil und sämtliche Beilagen gedruckt in den Händen  
der Mitglieder sind. Dies soll nach einer amtlichen Benachrichtigung bis  
Sonntagnacht Abend getrieben sein. Die Reihenfolge, in welcher die Beratung  
erfolgen soll, ist ebenfalls von dem Gesamtvorstand in Betracht gezogen, er  
schlägt vor, mit dem Ausgabe-Etat zu beginnen, und zwar mit Dotatio-  
nen, Konfidecommiss, Etat der beiden Häuser, Staatschuldenverwaltung  
u. s. w., während der Etat der hohenpöllerischen Fürstenthümer und endlich  
das Etatgesetz selbst den Schluss des Ganzen zu bilden hätten. Der Präsident  
bringt ferner zur Sprache, daß er Veranstaltungen getroffen, das Haus mit  
Gasbeleuchtung zu versehen und schlägt, in Anbetracht des für diese Einrich-  
tung notwendigen Zeitaufwandes, vor, die Budgetberatung am Montag  
über acht Tage zu beginnen, dann wöchentlich 3—4 Sitzungen zu halten und  
etwa eine Abendstunde. Die Sitzungen würden um 9 Uhr Früh beginnen.  
Auf diese Weise sieht es aus, daß in drei Wochen beide Sessio-  
nen zu Ende gebracht werden könnten, so daß in der Weihnachtswoche das  
Etatgesetz an das Herrenhaus gelangen könnte.

Es versteht sich ferner nach der Meinung des Gesamtvorstandes, daß  
alle Bestimmungen der Geschäftsaufstellung, welche sich auf Plenar-Sitzungen  
beziehen, auch auf die Vorberatung im Hause Anwendung finden, also auch  
betreffs der Öffentlichkeit der Sitzungen und der Bedingungen ihres Aus-  
schlusses. Der Präsident bemerkt bei dieser Gelegenheit, daß der Herr Finanz-  
minister sich bereit erklärt habe, jedem einzelnen Mitgliede des Hauses die  
Aufklärungen und Mittheilungen zu machen, die gewünscht würden. Der  
Gesamtvorstand macht außerdem den Vorschlag, für die Spezial-Etats, bei  
denen es notwendig erscheint, aus der Mitte des Hauses besondere Commis-  
sarien als Referenten zu ernennen. — Der Präsident wendet sich hierauf in  
einem Appell an die Presse, welcher diesmal eine erhöhte Arbeitslast und eine  
erhöhte Verantwortung obliegt, um ihre guten Dienste für die Vermittelung  
des Verständnisses der diesmaligen Budget-Beratung in ausdrücklichen An-  
sprüchen zu nehmen. Alle Hilfsmittel und Erleichterungen, welche sonst nur den  
Mitgliedern des Hauses für diesen Zweck zu Gebote standen, sollen jetzt auch  
der Presse gewährt werden. Der summarische Ueberblick des Geschäftsganges  
schließt mit der Rambamtsmachung der von der Regierung für die Einzel-Etats  
ernannten Commissarien, unter denen unter Andern Geh. Rath v. Wolff für  
das Ministerium des Königlichen Hauses, Geh. Rath Abg. Wagener für das  
Bureau des Staatsministeriums, Geh. Rath Friedberg für das Justizministe-  
rium u. s. w. fungieren sollen.

Über diese Vorschläge erhebt sich nun die Debatte.

Abg. Dr. Kofsch entwidet aus den betreffenden Paragraphen der Ge-  
schäftsaufstellung, daß bei Vorberatungen im Hause der Präsident nicht un-  
bedingt der Vorsitzende des Vorstandes ist.

dingt als Vorsitzender angenommen worden sei. Darüber werde man sich  
also hier erst schlüssig zu machen haben. Er bringt ferner in Erinnerung,  
daß bei der Generaldebatte, wie sie bisher im Hause üblich, jeder Redner nur  
einmal zum Worte verpflichtet werde.

Abg. Dr. Birchow: Die Bedenken des Vorredners in Bezug auf die  
Person des Vorsitzenden sind allerdings nach dem Wortlaut der Geschäftsauf-  
stellung zum Mindesten zweifelhaft und wir werden nach meiner Meinung  
am besten thun, wenn wir für die bevorstehende Beratung ausdrücklich un-  
seren Präsidenten zum Leiter derselben erklären und uns für alle künftigen  
Fälle volle Freiheit wahren. Schwieriger scheint mir der Fall in Bezug auf  
die von dem Herrn Präsidenten erwähnten Commissarien oder Referenten.  
Die sonst in der Budgetcommission erwähnten Referenten hatten auch das  
Einzelmaterial, so weit dafür ein Bedürfnis sich herausstellte, vorzuprüfen,  
aber die Teilnahme an dieser Arbeit stand jedem anderen Mitgliede der  
Commission ebenso frei. Diese Gemeinsamkeit ist bei dem jetzigen Verfah-  
ren nicht möglich und so wird das beste Mittel sein, wenn uns wenigstens  
von dem hier in Rede stehenden Material möglichst viel gedruckt vorgelegt  
wird. In Zweifelsfäll

